

GRH - Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

ISOR - Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

GBM - Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Vereinbarung zur Zusammenarbeit GRH, ISOR, GBM

Die Vorsitzenden der GBM, der GRH und von ISOR - Organisationen die maßgeblich an der Gründung und Entwicklung der OKV beteiligt waren und sind - haben nachfolgende Vereinbarung getroffen. Sie ließen sich von folgenden Schwerpunkten der gegenwärtigen politischen Entwicklung leiten:

- Die Welt und Europa bewegen sich gefährlich auf den Abgrund eines neuen Krieges zu. NATO und die Regierung der BRD tragen dazu mit Aufrüstung, Rüstungsexporten, Auslandseinsätzen der Bundeswehr wesentlich bei.
- Militärische Aktivitäten und Sanktionen richten sich vor allem gegen Russland.
- In der BRD nehmen die Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens und die Repressionen gegen die Opposition, insbesondere gegen linke politische Kräfte zu während sich völkisch-nationalistische, rassistische, antisemitische und faschistoide Tendenzen und Kräfte auch mit den Wellen von AfD und PEGIDA ausbreiten.
- Das neoliberale Wirtschaftsmodell mit seiner maßlosen Polarisierung von arm und reich stößt an Grenzen und birgt Gefahren neuer Wirtschaftskrisen.

Diese Entwicklungen und ihre Begleiterscheinungen bringen Herausforderungen an verantwortungsbewusste, politisch denkende Menschen mit sich, verlangen Protest, Empörung und politische Aktion und sei sie auf Grund der begrenzten Mittel und Möglichkeiten auch noch so bescheiden.

Auf allen Ebenen unserer Organisationen ist noch wirksamer als bisher gemeinsames solidarisches Handeln erforderlich, um einen Beitrag im Ringen um eine Wende in der Politik (in allen Lebensbereichen) vor allem zur Aufklärung über die bewusste Wahrnehmung von Lebensumständen und Entwicklungen zu leisten und bei kleinen und großen Aktionen für Gerechtigkeit und Frieden die Rechtmäßigkeit des kapitalistischen Systems in Frage zu stellen. Die möglichen Ansätze sind vielfältig und sie sollten entsprechend den gegebenen Kräften genutzt bzw. unterstützt werden.

Die Unterzeichner dieser Erklärung würdigen nachdrücklich die Leistungen die die Mitglieder ihrer Organisationen trotz widriger Bedingungen vor Ort, im Territorium gemeinsam vollbringen. Die bewährten Erfahrungen, die dabei gesammelt wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

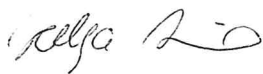
- Gegenseitige Einladung zu Veranstaltungen.
- Gemeinsame Organisation größerer politischer Veranstaltungen, in denen auch emotionale Elementen bzw. Elemente des Zusammenhalts eine Rolle spielen.
- Besprechung und Abstimmung zu territorialen gesellschaftspolitischen Schwerpunkten.

- Austausch von Informationsmaterialien bzw. gemeinsame Anfertigung und Verbreitung. (Gemeinsame Flugblätter, kleinere Publikationen möglichst mit Bezug auf offenkundige territoriale Probleme)

Vorsitzende und Geschäftsführer der Organisationen werden in Abständen ihre Erfahrungen austauschen und weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Vereinbarung festlegen.

Die Zeit verlangt all diese Erfahrungen im solidarischen Miteinander weiter zu entwickeln, auch andere gleichgesinnte, gesellschaftliche Kräfte zu gewinnen. Gleichzeitig sollten die Erfahrungen durch Informationen an die Vorstände und andere Wege stärker publiziert werden, um damit auch zur Gegenöffentlichkeit beizutragen.

Berlin, 1. Januar 2019



Helga Hörning
Bundesvorsitzende
der GBM e.V.



Hans Bauer
Vorsitzender
der GRH e.V.



Horst Parton
Vorsitzender
der ISOR e.V.